Robert Gerwarth

Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg: Berlin, Wien und Budapest im Schatten von Kriegsniederlage und Revolution¹

Einleitung

Ende Dezember 1919, nur wenige Monate nach dem gewaltsamen Sturz der kurzlebigen bolschewistischen Diktatur Béla Kuns, entführte ein Kommando des rechtsradikalen Prónay-Bataillons mitten in Budapest zwei prominente Journalisten: den linksliberalen Starkolumnisten Béla Bacsó und den Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung *Népszava*, Béla Somogyi. Bacsó und Somogyi waren prominente Kritiker des sogenannten „Weißen Terrors“, jener Welle gegenrevolutionärer Gewalt, die Ungarn und seine vermeintlich „rote“ Hauptstadt Budapest nach dem Sturz Kuns erfasst hatte. Die beiden Journalisten wurden in ein Haus in der Budapester Innenstadt verschleppt, gefoltert und noch am selben Abend erschossen².

Die Ermordung der beiden Journalisten war keine isolierte Tat, sondern lediglich ein prominentes Beispiel der ubiquitären politischen Gewalt von rechts, die nach November 1918 nicht nur die beiden größten Nachfolgestaaten des untergegangenen Habsburgerreiches, Deutsch-Österreich und Ungarn, erfasste, sondern auch das Deutsche Reich. In Berlin fielen ihr, neben hunderten bis heute weitgehend gesichtslos gebliebenen kommunistischen Aufständischen, prominente Führungsfiguren des linksextremen Milieus wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht³, aber auch liberale „Erfüllungspolitiker“ wie Außenminister Walther Rathenau zum Opfer, der 1922 durch Mitglieder der terroristischen „Organisation

¹ Für die mir gewährte finanzielle Unterstützung für die Arbeit an diesem Aufsatz bin ich dem European Research Council zu tiefem Dank verpflichtet.

² Zur Ermordung Somogyis und Bacsós siehe *Ernő Gergely* und *Pál Schönwald*, *A Somogyi-Bacsó-Gyilkosság* (Budapest 1978). Zum Horthy-Regime: *Thomas Sakmyster*, *Hungary's Admiral on Horseback. Miklós Horthy, 1918–1944* (New York 1994).

³ *Klaus Gietinger*, *Eine Leiche im Landwehrkanal – Die Ermordung der Rosa L.* (Berlin 2002); *Dietmar Dath*, *Rosa Luxemburg* (Frankfurt a. M. 2010).

Consul“ auf dem Weg zum Dienst erschossen wurde⁴. Auch in Wien, der überdimensionalen Hauptstadt des neuen Zwergstaats Deutsch-Österreich kam es zu Attentaten: 1925 ermordete so etwa der den Nationalsozialisten nahestehende Zahntechniker Otto Rothstock den gesellschaftskritischen Romancier Hugo Bettauer, der als konvertierter Jude der politischen Linken in das Feindschema der radikalen Rechten passte⁵.

Die politischen Morde, die in der Nachkriegszeit die Hauptstädte der besiegten Mittelmächte erschütterten, wiesen vordergründig phänomenologische Ähnlichkeiten mit jenen anarchistischen Attentaten auf, die im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert vor allem gegen gekrönte Häupter und Repräsentanten ihrer autoritären Regierungen gerichtet gewesen waren, nun aber von Teilen der vorrevolutionären Eliten gegen Vertreter der Nachkriegsregime ausgeführt wurden⁶. Was die politischen Morde der Nachkriegszeit von den anarchistischen Attentaten der Jahre vor 1914 unterschied, waren nicht nur die ausführenden Akteure, sondern auch die zugrundeliegende Gewaltlogik, die ohne die politischen und sozialen Verwerfungen durch den Ersten Weltkrieg und die nachfolgenden Revolutionen in Mitteleuropa (und Russland) nicht zu erklären ist. Die Mobilisierung nach 1914 und die für viele überraschende Kriegsniederlage von 1918, die Revolutionen und das Auseinanderbrechen multiethnischer Großreiche führten zu einer Eskalation der Gewalt in ganz Mittel- und Osteuropa, die sich zwischen 1917/18 und 1923 in Form von dezentralisierten Kriegen, ethnischen Säuberungen, Pogromen, Revolutionen, Gegenrevolutionen und Unabhängigkeitskriegen entlud, und der (inklusive der Toten des Russischen Bürgerkriegs) mindestens vier Millionen Menschen zum Opfer fielen⁷. Nicht ohne Grund sprach deshalb bereits am 25. Mai 1919 eine konservative österreichische Tageszeitung angesichts des enormen Zuwachses nichtstaatlicher Gewalt in Mittel- und Osteuropa seit Ende des Weltkriegs von einem „Krieg im Frieden“, einem „Krieg“, der sich nicht nur in den neuen, ethnisch durchmischten Grenzgebieten der besiegten Mittelmächte abspielte – den Bruchzonen der untergegangenen Landimperien Europas, die als klassische Beispiele für Räume begrenzter Staatlichkeit angesehen werden kön-

⁴ Zur Organisation Consul siehe *Martin Sabrow*, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution (Frankfurt a. M. 1999).

⁵ *Murray G. Hall*, Der Fall Bettauer (Wien 1978).

⁶ Die Literatur zur anarchistischen Gewalt in Europa vor 1914 hat in den letzten Jahren stark an Umfang und Qualität gewonnen. Siehe etwa: *Heinz-Gerhard Haupt, Klaus Weinbauer*, Terrorism and the State, in: *Donald Bloxham, Robert Gerwarth* (Hrsg.), Political Violence in Twentieth Century Europe (Cambridge 2011) 176–208. *Alexander Sedlmaier*, The Consuming Visions of Late Nineteenth and Early Twentieth Century Anarchist: Actualising Political Violence Transnationally, in: *European Review of History* 14 (2007) 283–301; *Benedict Anderson*, Under three Flags: Anarchism and Anti-Colonial Imagination (London, New York 2005). *Carola Dietze*, Terror in the Nineteenth Century: Political Assassinations and Public Discourse in Europe and the United States 1878–1901, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington DC* 40 (2007) 91–97.

⁷ Zu diesen Konflikten in ihren regionalen und transnationalen Kontexten siehe *Robert Gerwarth, John Horne* (Hrsg.), War in Peace: Paramilitary Violence in Europe after the Great War, 1917–23 (Oxford 2012).

nen –, sondern auch in den urbanen Zentren Mitteleuropas, die seit Kriegsende von einer Welle revolutionärer und gegenrevolutionärer Gewalt erfasst waren⁸.

Gemessen an der enormen Zahl der Toten des „Nachkriegs“, die selbst die der addierten deutschen und französischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs übersteigt, blieb physische Gewalt mit tödlichem Ausgang in den Hauptstädten der Mittelmächte vergleichsweise begrenzt: Zwischen dem Tag der österreichischen Kapitulation und dem Sommer 1919 kamen in Wien „lediglich“ 29 Menschen in Folge politisch motivierter Straßengewalt während der Revolutionswirren ums Leben⁹, in Berlin waren es im selben Zeitraum immerhin einige hundert (Schätzungen schwanken zwischen 330 und 1000¹⁰) Tote, von denen allein 200 während des sogenannten Januaraufstands (oder „Spartakusaufstands“) ihr Leben verloren – eine Zahl, die in etwa jener vergleichbar ist, die für Budapest auszumachen ist (500), aber deutlich unter den Opferzahlen in den eher ländlichen Regionen Ungarns liegt (wo paramilitärische Kleinstgruppen mindestens 3000 überwiegend jüdische Männer in mehr als sechzig Dörfern und Gemeinden ermordeten)¹¹. Die politische Gewalt der Nachkriegszeit war also in erster Linie ein Phänomen der nicht-urbanen imperialen „shatterzones“¹².

Dennoch – und dies ist ein zentrales Argument dieses Aufsatzes – spielten die mitteleuropäischen Hauptstädte in der gegenrevolutionären Vorstellungswelt eine ganz wesentliche Rolle – sowohl als Zentren der politischen Macht, die es zu erobern oder zu verteidigen galt, als auch als Inbegriff einer politisch-moralischen Dekadenz, die für viele Vertreter der extremen Rechten für Kriegsniederlage und Revolution verantwortlich war. Bei den revolutionären Kämpfen in Berlin, Budapest und Wien stießen dabei in aller Regel urbane Gewaltgemeinschaften der politischen Linken auf mehrheitlich nicht-urbane gegenrevolutionäre Kräfte, die von außen in die Hauptstädte vordrangen, um sie von den vermeintlich „gemeinschaftsfremden“ Kommunisten zu „befreien“. Wie im Weiteren näher auszuführen ist, dominierten insbesondere in Ungarn und Österreich unter den rechten Gewaltakteuren die vorindustriellen ländlichen Eliten (kleine Landadelige, Grundbesitzer), die ihre Gewaltaktionen auch und nicht zuletzt als einen Kampf der konservativ-agrarischen, vorindustriellen Eliten gegen die sich erhebenden urbanen Unterschichten sahen. Aber auch in Bayern, wo die kurzlebige Räterepublik von Regierungstruppen und Freiwilligenverbänden gestürzt wurde, stammten die „Befreier“ mehrheitlich nicht aus München, sondern vielfach aus dem ländlichen Bayern oder aus Tirol¹³.

⁸ Innsbrucker Nachrichten, 25. Mai 1919.

⁹ *Gerhard Botz*, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934 (Wien 1976).

¹⁰ *Andreas Wirsching*, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (München 1999).

¹¹ Zu Ungarn: *Béla Bodo*, Theőszegi Affair: Rumors, „the People’s Verdicts“, and Provincial Antisemitism in Hungary, 1919–1921, in: *Yad Vashem Studies* 36 (2008) 115–153, hier 116.

¹² *Donald Bloxham*, The Final Solution. A Genocide (Oxford 2009) 81.

¹³ *Eliza Ablovatski*, Cleansing the Red Nest: Counterrevolution and White Terror in Munich and Budapest, 1919 (unveröffentlichte Dissertation, Columbia University 2004); *Martin*

Indem sich der vorliegende Aufsatz auf die Entwicklung in Berlin, Wien und Budapest nach dem Ende des Ersten Weltkrieges konzentriert, soll damit ein größeres Phänomen – das der überschwappenden Gewalt des Krieges nach 1918 – im konkreten Kontext von drei historischen Fallbeispielen diskutiert werden. Die Wahl der drei Städte erfolgt nicht zufällig, handelt es sich doch bei Berlin, Budapest und Wien um mitteleuropäische Hauptstädte mit vergleichbarer Sozialstruktur und politischer Bedeutung für die jeweiligen nationalen Kontexte, wobei Budapest bei Kriegsende nur etwa halb so viele Einwohner (928 000) hatte wie Berlin (1,9 Millionen vor dem Groß-Berlin Gesetz von 1920) oder Wien (2 Millionen)¹⁴. Dennoch teilten alle drei Städte im Herbst und Winter 1918/19 die grundlegende Erfahrung der Kriegsniederlage und einer Revolution, die zunächst die Monarchien durch Republiken ersetzte und sich im Frühjahr 1919 radikalisierte. Fraglos erlebte Budapest von den drei Fallbeispielen die mit Abstand extremste und blutigste Umbruchszeit und wurde – anders als Berlin und Wien – darüber hinaus durch alliierte (rumänische und tschechoslowakische) Truppen besetzt, die im Juli 1919 der Räterediktatur Kuns ein Ende setzten. Dennoch waren, wie im Folgenden gezeigt werden soll, die Unterschiede zwischen den Gewalterfahrungen der drei Städte eher quantitativer als qualitativer Natur.

Charakteristisch für die politische Gewalt der Nachkriegszeit in allen drei Städten war, dass sie erstens paramilitärischer Natur war und zweitens in den meisten Fällen von außen in die Städte getragen wurde. Als Sonderform politischer Gewalt sind unter „Paramilitarismus“ Organisationen und Praktiken zu verstehen, welche die Aktivitäten konventioneller Militärformationen entweder ergänzten oder ersetzten. In der Zeit nach November 1918, in der die nationalen Armeen der Mittelmächte weitgehend zerfielen, stellte der Paramilitarismus ein paradoxes Phänomen dar, das sowohl staatstragenden als auch revolutionären Zielen dienen konnte, als Ergänzung staatlicher Macht oder als Quelle der Legitimation neuer politischer Ordnungen und neu entstehender Nationalstaaten. Gleichzeitig konnte Paramilitarismus ein Mittel des sozialen Protests als auch seiner staatlichen Unterdrückung sein¹⁵.

Historiker verschiedener Generationen haben eine Reihe von Erklärungsmustern geliefert, um das Kontinuum der Gewalt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu deuten¹⁶. Das wohl bekannteste Erklärungsmuster – zumindest für den deutschen Fall – lieferte George Mosse mit seiner „Brutalisierungsthese“, der einflussreichen, vieldiskutierten und in den letzten Jahren auch auf andere Staaten Europas angewandten Idee, wonach die Gewalterfahrung des Ersten Weltkrieges

Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924* (München 1988).

¹⁴ Angaben nach *Wolfgang Ribbe*, *Geschichte Berlins 2* (München 1987) 693; *Felix Czeike*, *Historisches Lexikon Wien* (Wien 1992); zu Budapest: *Meyers Lexikon* (1930).

¹⁵ *Robert Gerwarth, John Horne*, *Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923*, in: *The Journal of Modern History* 83 (2011).

¹⁶ Siehe dazu vor allem das Themenheft: 1918–19: *From War to Peace*, in: *Journal of Contemporary History* 3 (1968).

zu einer Verrohung geführt habe, die eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstieg totalitärer Bewegungen gewesen sei¹⁷. Andere Historiker wie Michael Geyer verwendeten zur Beschreibung desselben Phänomens den Begriff der „Militarisierung“, um die Gewaltaufladung von Gesellschaften durch den Ersten Weltkrieg zu beschreiben¹⁸. Obwohl sich kaum bestreiten lässt, dass die Erfahrung des Ersten Weltkriegs das Verhältnis der Kombattanten zur Anwendung von Gewalt verändert haben dürfte, sind in den vergangenen Jahren doch zwei zentrale Kritikpunkte gegen die Brutalisierungsthese artikuliert worden: Erstens kehrte die überwältigende Mehrheit der rund sechzehn Millionen österreichisch-ungarischen und deutschen Veteranen, die den Ersten Weltkrieg überlebt hatten, im November 1918 ins Zivilleben zurück¹⁹. Gemessen daran bildeten die Gruppe der etwa 150 000 ehemaligen Soldaten, die sich in Deutschland, Österreich und Ungarn dem inneren Frieden verweigerten, eine kleine, aber aktive Minderheit von Kriegsveteranen, die entschlossen waren, die Probleme der Nachkriegszeit mit Gewalt zu lösen, zumeist in paramilitärischen Einheiten. Dabei dominierten interessanterweise nicht städtische Gewaltakteure (was sie sowohl von den Kommunisten als auch von der in den späten 20er Jahren schnell anwachsenden SA unterschied²⁰), sondern mehrheitlich Männer aus ländlichen Gebieten und vor allem aus den nach 1918 umkämpften Grenzregionen wie Transsylvanien, Kärnten, Tirol, Oberschlesien oder dem Baltikum. Von einer allgemeinen Brutalisierung durch den Krieg auszugehen, wäre also irreführend. Zweitens unterschied sich das Fronterlebnis britischer oder französischer Soldaten nicht fundamental von demjenigen deutscher, österreichischer oder ungarischer Kriegsteilnehmer und kann daher nicht hinreichend erklären, warum die Politik in einigen der früheren Kombattantenstaaten nach 1918 brutalisiert wurde, in anderen hingegen nicht.

Der vorliegende Aufsatz versucht nicht, die Bedeutung des Krieges für das eindeutig gestiegene Gewaltpotential in den europäischen Nachkriegsgesellschaften in Abrede zu stellen, zumal der punktuelle Bürgerkrieg der Jahre nach 1918 durch

¹⁷ *George Mosse*, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars* (Oxford 1990). Anwendung auf andere Staaten West- und Osteuropas fand Mosses Konzept in den letzten beiden Jahrzehnten. Siehe etwa: *Vejas Gabriel Liulevicius*, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I* (Cambridge 2000); *Piotr Wróbel*, *The Seeds of Violence. The Brutalization of an East European Region, 1917–1921*, in: *Journal of Modern European History* 1 (2003) 125–149; *Stephane Audoin-Rouzeau, Annette Becker*, 1914–1918. *Understanding the Great War* (London 2002; frz. Original: Paris 2000).

¹⁸ *Michael Geyer*, *The Militarization of Europe 1914–1945*, in: *John R. Gillis* (Hrsg.), *The Militarization of the Western World* (New Brunswick 1989) 65–102.

¹⁹ *Richard Bessel*, *Germany after the First World War* (Oxford 1993); *ders.*, *The Great War in German Memory: The Soldiers of the First World War, Demobilization and Weimar Political Culture*, in: *German History* 6 (1988) 20–34; *Benjamin Ziemann*, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923* (Essen 1997).

²⁰ *Ulrich Eumann*, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik* (Frankfurt a.M. 2007); zur SA: *Sven Reichardt*, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA* (Köln, Weimar, Wien 2002).

die allgemeine Bewaffnung von Männern im wehrfähigen Alter erst möglich wurde. Dennoch soll hier auf drei weitere Faktoren hingewiesen werden, die für die Form, das Ausmaß und die Funktion von urbaner politischer Gewalt nach 1918 nicht minder bedeutsam waren: der Grad des staatlichen Zusammenbruchs und die Geschwindigkeit der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols; die soziale und geographische Herkunft der Gewaltakteure; die Bedeutung von Gerüchten und transnationalen Gewaltphantasien, wie sie insbesondere aus dem Kontext des russischen Bürgerkriegs auf mitteleuropäische Kommunisten projiziert wurden.

Mit dieser Schwerpunktsetzung gehört der vorliegende Aufsatz in den Kontext der neueren historischen Gewaltforschung, bei der sich der Fokus zunehmend von einer auf Ideologien konzentrierten reinen Ursachenanalyse der Gewalt zu einer Untersuchung ihrer konkreten Formen und Ausdrucksweisen verschoben hat²¹.

Formen der urbanen Gewalt

Politische Gewalt in den Hauptstädten Mitteleuropas nahm in den Jahren 1918 bis 1923 drei prinzipielle Formen an, die sich unterschiedlichen Phasen der Nachkriegszeit zuordnen lassen. Die erste Phase war die des latenten (Wien) oder offenen (Budapest, Berlin) Bürgerkriegs, wie er zur Jahreswende 1918/19 in den Regierungsbezirken aller drei Städte stattfand. Nach einer von rechten Aktivisten immer wieder als „Schockstarre“ beschriebenen Phase im November, ausgelöst durch die Niederlage und die Geschwindigkeit des politischen Umsturzes, sammelten sich die rechten Gegner der neugegründeten Republiken im Protest gegen die Radikalisierung gewisser Teile der Revolutionsbewegung. Anti-Bolschewismus diente dabei als einigendes Band überaus heterogener Verbände. Tatsächlich finden wir in den paramilitärischen Organisationen der politischen Rechten ein buntes Gemisch aus Vertretern unterschiedlichster politischer Strömungen – von legitimistischen Royalisten bis hin zu protofaschistischen Aktivisten –, die wenig Sympathie füreinander hatten und deren einziges einigendes Band der gemeinsame Hass auf die Verantwortlichen von Kriegsniederlage und Revolution war. In Österreich kam noch die tiefe Spaltung der Heimwehr in großdeutsche Befürworter eines Anschlusses an das Deutsche Reich und österreichische Nationalisten, Klerikale und Atheisten hinzu, die das Bild weiter verkomplizierte²².

²¹ Diese aufzuzählen würde hier zu weit führen. Vgl. als Synthesen mit Literaturangaben: *Bernd Weisbrod*, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: GWU 43 (1992) 391–404; *Dirk Schumann*, Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997) 366–386. *Gerwarth, Bloxham*, Political Violence.

²² *Robert Gerwarth*, The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War, in: Past & Present 200 (2008) 175–209.

Vieles deutet darauf hin, dass die Aktivisten nicht durch ein konkretes Politikziel, eine klar definierte Vision des zu schaffenden Staates, mobilisiert und brutalisiert wurden, sondern durch die vermeintlich oder tatsächlich drohende bolschewistische Revolution, da paramilitärische Gewalt von rechts ein Phänomen war, das in den Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs wesentlich extremer ausgeprägt war als in den Siegerstaaten, die sehr viel besser in der Lage schienen, die Gewalt des Weltkrieges zu resorbieren und zu neutralisieren.

In den Hauptstädten der besiegten Staaten Mitteleuropas galt dies nicht, so dass die Gewalt des Krieges verinnerlicht und gegen jene gerichtet wurde, die vermeintlich für die Aufweichung der Heimatfront (und damit für Kriegsniederlage und Revolution) verantwortlich waren. Wie das Sprachrohr der radikalen Linken in Berlin, die *Freiheit*, am 9. Januar im Hinblick auf bürgerliche Reaktionen auf den Berliner Januaraufstand nicht zu Unrecht bemerkte, wurde der Revolutionär zum Ersatzfeind für sieglos heimgekehrte Offiziere: „Schießt, schießt, schießt! Werft sie nieder, so dass sie nie mehr sich erheben können!“²³ So lautete's aus der bürgerlichen Presse. Der Geist und die Sprache vom August 1914 sind wieder lebendig. Nur geht es diesmal nicht gegen die Engländer, Franzosen und Russen, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.²³

In den Memoiren und Rechtfertigungsschriften rechter Gewaltaktivisten wird die innere Verweigerung der Demobilisierung im November 1918 ebenfalls mit den Erfahrungen erklärt, die deutsche, österreichische und ungarische Ex-Soldaten bei ihrer Rückkehr von der Front in die von revolutionären Spannungen aufgeladene Heimat machten. Bei seiner Rückkehr nach Budapest wurde etwa der Husarenleutnant Miklós Kozma von einfachen Landsern bespuckt und tätlich angegriffen. Seine Tagebucheinträge über die Lage in Budapest im Winter 1918/19 enthalten längere Beschreibungen von betrunkenen Soldaten, die wahllos in Fenster schießen oder plündern, und kommunizieren ein Bild der allgemeinen sozialen und politischen Unordnung, auf die *nicht* zu reagieren ein Verbrechen vor dem eigenen Volke sei. Für Kozma war die Erfahrung des Zusammenbruchs der Heimatfront ein politisches Erweckungserlebnis, oder zumindest wurde es retrospektiv zu einem solchen stilisiert²⁴.

In der österreichischen Hauptstadt war die Situation ähnlich. Der spätere Heimwehrführer und österreichische Vizekanzler Eduard Baar von Baarenfels notierte angesichts der Ereignisse von 1918/19, dass die Revolution „das übelste Gesindel aus den tiefsten Tiefen der Hölle hervorgespült“ habe, das sich nun, völlig unkontrollierbar, auf den Straßen Wiens austobe²⁵.

²³ *Freiheit*, 9. Januar 1919, Abendausgabe.

²⁴ *Miklós Kozma*, Mackensens Ungarische Husaren: Tagebuch eines Frontoffiziers, 1914–1918 (Berlin, Wien 1933) 459.

²⁵ *Eduard Baar von Baarenfels*, Erinnerungen (1947), Österreichisches Staatsarchiv, MS B/120:1, hier S. 10–13. Zum Kontext, siehe auch: *Anita Korp*, Der Aufstieg vom Soldaten zum Vizekanzler im Dienste der Heimwehr: Eduard Baar von Baarenfels (Magisterarbeit, Wien 1998).

Der spätere Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg, der nach Kriegsende in die Heimat zurückkehrte, hatte eine noch direktere Begegnung mit dem „roten Pöbel“. Von jungen Kommunisten seiner Kokarde beraubt und zusammengeschlagen, schwor sich Starhemberg, nicht zu ruhen, bevor die Revolutionäre und „Vaterlandsverräter“ zur Rechenschaft gezogen waren²⁶. Ein ums andere Mal ist es die „rote Masse“, wie es Klaus Theweleit bereits in den 1970er Jahren im Hinblick auf Deutschland zutreffend festgestellt hat, die auch in den Selbstzeugnissen österreichischer und ungarischer Freikorpsmänner als abstrakter gesichtsloser Feind auftaucht, aus der nur hin und wieder konkrete, dabei aber meist internationalistische Figuren herausragen, etwa die von den Freikorps als „galizische Hure“ geschmähte Rosa Luxemburg oder der jüdische Revolutionsführer Béla Kun in Budapest, der aufgrund seiner zweijährigen Haft in einem russischen Kriegsgefangenenlager meist als Agent Moskaus dargestellt wurde²⁷. Auch hier wird deutlich, dass die in aller Regel mit einigen Jahren Abstand veröffentlichten Rechtfertigungsschriften dazu dienen sollten, einer breiteren Öffentlichkeit zu erklären, warum ein gewaltsames Auftreten gegenüber der vermeintlich von außen kommenden „roten Flut“ im Winter 1918/19 geboten schien.

Dabei ist bemerkenswert, dass der „Rote Terror“, gerade in Wien, erstaunlich gewaltlos ablief. In der gesamten Zwischenkriegszeit starben laut Gerhard Botz' Erhebungen knapp über 850 Menschen infolge politisch motivierter Angriffe, von denen er allerdings 422 den „Marxisten“ und 176 der sozialdemokratisch kontrollierten Polizei und der Volkswehr zurechnet, während die Heimwehr lediglich 127 tote Mitglieder, die Nationalsozialisten 83 Opfer von politischer Gewalt zu beklagen hatten²⁸. Das vergleichsweise geringe Ausmaß der Gewalt in Wien erklärt sich vor allem aus zwei Faktoren: Erstens sah sich die österreichische Heimwehr einer zahlenmäßig und ausrüstungstechnisch ebenbürtigen republikanischen Wehrformation, der Volkswehr, gegenüber, die darüber hinaus durch die sozialdemokratischen Paramilitärs des Schutzbundes verstärkt wurde²⁹. Beide Seiten hielten sich gegenseitig in Schach, und ihre Selbstbeschränkung war in vieler Hinsicht eine Überlebensstrategie, denn ein Sieg in einem möglichen Bürgerkrieg wäre keineswegs eine ausgemachte Sache gewesen³⁰. Die relative Zurückhaltung

²⁶ Nachlass Rauter, NIOD (Amsterdam), Doc I 1380, H, 2. Ähnlich *Ernst Rüdiger Starhemberg*, Aufzeichnungen des Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg im Winter 1938/39 in Saint Gervais in Frankreich, in: Nachlass Starhemberg, Oberösterreichisches Landesarchiv Linz 16.

²⁷ *Klaus Theweleit*, Männerphantasien, 2 Bde (Frankfurt a. M. 1977/78).

²⁸ In diese Zahl sind die Morde der zahlreichen österreichischen Freiwilligen in deutschen Freikorps nicht eingerechnet. *Botz*, Gewalt in der Politik 237.

²⁹ Siehe dazu, mit besonderem Schwerpunkt auf Tirol, *Richard Schober*, Die paramilitärischen Verbände in Tirol 1918–1927, in: *Thomas Albrich* (Hrsg.), Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938 (Innsbruck 1988) 113–141.

³⁰ *Gerhard Botz*, Handlungsspielräume der Sozialdemokratie während der ‚Österreichischen Revolution‘, in: *Rudolf Altmüller* (Hrsg.), Festschrift Mélanges Felix Kreissler (Wien 1985) 16.

der Heimwehr – relativ gemessen an den Aktionen ihrer deutschen und ungarischen Pendanten – muss also auch als Selbstschutz verstanden werden, denn intensive Angriffe auf die Gegenseite konnten leicht in einen Bürgerkrieg mit durchaus offenem Ausgang münden.

Zweitens, und dieser Punkt wird in historischen Analysen der Heimwehr oft übersehen, war das Gewaltniveau in Wien während der 20er Jahre auch deshalb niedriger als in Budapest oder Berlin, weil sich ein Großteil der entschiedensten Verfechter einer „harten“ antibolschewistischen und großdeutschen Linie in den Jahren nach 1918 nicht in urbanen Ballungszentren aufhielt, sondern gemeinsam mit deutschen Freikorps auf verschiedenen Nachkriegsschlachtfeldern Mitteleuropas kämpfte, insbesondere 1921 in Oberschlesien, wo sich Hunderte von oft studentischen Freiwilligen des Bundes Oberland an den Kämpfen gegen polnische Aufständische beteiligten. Der Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg, zum Beispiel, beteiligte sich nicht nur aktiv an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik im Jahr 1919, sondern auch an der „Schlacht um den Annaberg“ in Oberschlesien, wo er seinen späteren Stellvertreter und zukünftigen Höheren SS- und Polizeiführer in den besetzten Niederlanden, den gebürtigen Kärntner Hanns Albin Rautter, kennenlernte. Die Rückkehr dieser Nachkriegsveteranen nach Österreich im Spätherbst 1921 hatte eine dezidiert radikalisierende Wirkung auf die Heimwehr, und dies gilt auch für den etwa zeitgleichen Zuzug deutscher Freikorpsveteranen wie Waldemar Pabst, verantwortlich für die Ermordung Luxemburgs und Liebknichts und ab 1921 militärischer Stabschef der Heimwehr in Wien³¹.

Die subjektiven Eindrücke, einem vor nichts zurückschreckendem Gegner gegenüberzustehen, wie sie viele Vertreter der extremen Rechten in Wien teilten, gingen aber wohl eher auf Gerüchte und Nachrichtenmeldungen über den russischen Bürgerkrieg zurück, der mit über drei Millionen Opfern in der Tat von extremer Brutalität gekennzeichnet war. Österreichische Zeitungen widmeten auch der Münchener Räterepublik, der Diktatur Béla Kuns und dem finnischen Bürgerkrieg größte Aufmerksamkeit, was fraglos den subjektiven Eindruck verstärkte, in Österreich würde ein vergleichbarer Bürgerkrieg unmittelbar bevorstehen³². Ungeachtet der relativ niedrigen Opferzahlen des „Roten Terrors“ in Österreich, schrieb beispielsweise der Gymnasiallehrer und Heimwehrmann Karl

³¹ *Michael Gebler*, Studentischer Wehrverband im Grenzlandkampf. Exemplarische Studie zum ‚Sturmzug Tirol‘ in Oberschlesien 1921, in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 5 (1989) 33–63; *ders.*, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (Innsbruck 1990); *Sabine Falch*, Zwischen Heimatwehr und Nationalsozialismus: Der ‚Bund Oberland‘, in: *Geschichte und Region* 6 (1997) 51–86; *Hans Steinacher*, Oberschlesien (Berlin 1927). Zum Annaberg, siehe: *James Bjork*, *Robert Gerwarth*, The Annaberg as a German-Polish Lieu de Memoire, in: *German History* 25 (2007) 372–400. Zu Pabst, siehe: *Klaus Gietinger*, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst, eine deutsche Karriere (Hamburg 2009).

³² Siehe zum Beispiel: *Innsbrucker Nachrichten*: Der Krieg im Frieden (25. Mai 1919); *Gegen den Bolschewismus* (17. November 1918); *Die Sowjetherrschaft in Ungarn* (26. März 1919).

Hellering in der österreichischen Freikorpszeitschrift mit dem passenden Titel *Der Grobian*: „Anstatt zu warten, bis mir ein gedungener Judenknecht mit einem Knüppel den Schädel einschlägt oder mir ein Messer in die Rippen rammt, schieße ich lieber, bis mir die Patronen ausgehen.“³³

In Budapest, wo der „Rote Terror“ sehr viel realere Formen angenommen und binnen weniger Wochen zwischen 400 und 500 Menschenleben gefordert hatte, war auch die Reaktion weit radikaler. Gerade die brutalen Morde der (mit ihrem Namen die schlimmsten Befürchtungen der Rechten weckenden) „Lenin-Jungs“ unter der Führung von József Cserny, einer Art selbst ernannter ungarischer Tscheka, die sich auf Morde an potentiellen Gegenrevolutionären spezialisierten, stimulierten die Gewaltphantasien ungarischer Freikorpsmänner und Rechtsterroristen, zumal sie *jede* Form der Gegengewalt legitim erscheinen ließen. Bereits unmittelbar nach dem Fall des Kun-Regimes kündigte der bereits erwähnte Miklós Kozma öffentlich einen blutigen Rachefeldzug an. „Wir werden zusehen, dass die Schmach und Schuld der letzten Monate mit dem Blut derjenigen eingewaschen wird, die die Verantwortung tragen. Die Humanisten und Menschenfreunde werden vergebens um das Leben dieser Verbrecher betteln.“³⁴ Unmittelbar nach dem Fall des Kun Regimes und dem hoch symbolischen Einmarsch Admiral Horthys in Budapest kam die Gelegenheit, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Neben den Toten des „Weißen Terrors“ der folgenden Wochen wurden etwa 75 000 Verdächtige vorläufig oder dauerhaft inhaftiert, viele von ihnen im berüchtigten Budapester Militärgefängnis am Margit Boulevard³⁵.

Vergleichbare Aufrufe zur Gewaltentgrenzung gegen einen vermeintlich gemeinschaftsfremden Gegner fanden sich auch in Berlin, und das nicht nur von rechtsextremer Seite. Die sozialdemokratische *Post* etwa forderte angesichts der vermeintlichen Gewaltversessenheit der Bolschewisten, nicht zaghaft bei ihrer Abwehr zu sein: „Bei der Eigenart des Gegners wird es ohne Blutvergießen nicht abgehen. Spartakus betont ja immer wieder, wenn vor Blutvergießen gewarnt und zur Einigkeit gemahnt wird, daß die Revolution kein Kinderspiel sei.“³⁶

Auch die MSPD-geführte Reichsregierung selbst heizte die Atmosphäre in Berlin an, indem sie während der Januarkämpfe von 1919 von der nahenden „Stunde der Abrechnung“ sprach: „Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.“³⁷

Eine wichtige Rolle bei der Entfesselung gegenrevolutionärer Gewalt spielten Gerüchte über kommunistische Massaker in Berlin, die allerdings, wie in Wien,

³³ Hellering, zitiert nach: *Botz*, Gewalt 229f.

³⁴ *Miklós Kozma*, *Az összeomlás 1918–1919* (Budapest 1935) 380.

³⁵ *Béla Bodo*, Paramilitary Violence in Hungary after the First World War, in: *East European Quarterly* 38 (2004) 129–172.

³⁶ *Die Post*, 8. Januar 1919.

³⁷ *Bernstein*, *Die deutsche Revolution* 151; *Ullrich*, *Die Revolution von 1918/19*, 72.

eher eine Projektion „russischer Verhältnisse“ auf die eigene Hauptstadt darstellten, als dass sie auf einer akkuraten Analyse der Ereignisse beruhten³⁸. Bereits am 8. Januar, unmittelbar nach Beginn des Januaraufstands, mutmaßte die *Post*, dass im Verlauf des „Spartakusaufstands“ bereits 30 Menschen getötet und 45 verletzt worden seien³⁹. Gerüchte über die systematische Ermordung von verletzten Gefangenen durch Spartakisten machten die Runde. Gleichzeitig wurden Untergangsszenarien apokalyptischen Ausmaßes beschworen: Eine Regierung Liebknecht werde Deutschland „völlig von dem schmalen Wege, der es noch vom Abgrund trennt, dort hineindrängen und das Chaos herbeiführen“. Drei Tage später schätzte die *Tägliche Rundschau* die Zahl der Getöteten bereits auf über 100⁴⁰.

Die mobilisierende Kraft der Russischen Revolution, ihre psychologischen Auswirkungen auf die vorrevolutionären Eliten in Mitteleuropa sind in diesem Kontext kaum zu überschätzen. Der Situation im späten 18. Jahrhundert durchaus vergleichbar, als Europas herrschende Eliten nach der Französischen Revolution von 1789 einen jakobinisch-apokalyptischen Krieg heraufziehen sahen, befürchteten viele Europäer nach 1917, dass der Bolschewismus sich in Windeseile ausbreiten und das übrige Europa „anstecken“ würde, was eine paramilitärische Mobilisierung zur Abwehr der vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohung auslöste – auch in den Siegerstaaten Frankreich und England. Konservative französische Veteranen schlossen sich so etwa in Reaktion auf den Generalstreik vom Mai 1920 zu urbanen Verteidigungsformationen, den *unions civiques*, zusammen während die englische Regierung bereits 1919 Freiwilligenformationen aufgestellt hatte, um einen Streik britischer Gewerkschaften abzuwehren. Die Militanz einzelner Arbeitervertreter als Vorbote einer kommunistischen Weltrevolution anzusehen, war also keineswegs auf die Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs beschränkt. Dennoch blieb diese Form der Mobilisierung in den Städten der Siegerstaaten die Ausnahme, und sie führte so gut wie nie zu gewalttätiger Entladung. In den großen Städten Mitteleuropas hingegen zog die vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung durch eine sozialistische Revolution eine gegenrevolutionäre Mobilisierung nach sich, die sich alsbald gewalttätig entlud.

Die zweite Phase der Nachkriegsgewalt begann kurz nach der Niederwerfung der Regierung Kun und der Niederschlagung radikaler Revolutionäre in Berlin, München und Wien. Mit der allmählichen Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols begann eine Phase des punktuellen Bürgerkriegs (1919–1921), der sich vor allem durch kleinformatige Angriffe oder Attentate gegen Individuen auszeichnete, die stellvertretend für Feindgruppen der politischen Rechten standen: also vor allem linke Politiker, Publizisten und Juden. Diese Phase begann im Sommer 1919, als in allen drei Staaten die Regierungen bemüht waren, das vorübergehend an paramilitärische Helfershelfer abgetretene Gewaltmonopol zurück-

³⁸ Zur Bedeutung von Gerüchten in der deutschen Revolution von 1918, siehe: *Mark Jones, Violence and Politics in the German Revolution 1918–19* (unveröffentlichte Dissertation, European University Institute 2011).

³⁹ Die *Post*, 8. Januar 1919, Morgenausgabe.

⁴⁰ *Tägliche Rundschau*, 11. Januar 1919.

zuerobern und damit vor dem Hintergrund der relativen sozio-ökonomischen Stabilisierung auch einigen Erfolg hatten.

Dennoch riss die Gewalt damit nicht völlig ab, sie veränderte lediglich ihre Form. Am Abend des 20. Mai 1920 etwa stürmte eine Gruppe von 50 jungen Männern in ein als Kommunistentreffpunkt verschrieenes Lokal in der Budapester Arena Straße, zerstörte die Einrichtung und schlug auf die überwiegend jüdische Klientel ein, bevor sie in ein nahegelegenes Kino eindrang und die Vorführung eines vermeintlich „kommunistenfreundlichen“ Films beendete und dann ein weiteres Lokal (das Café Vajdahunyad in der Nähe des Ostbahnhofs) angriff, wobei erneut 30 Menschen verletzt wurden⁴¹.

Vergleichbare Vorkommnisse, diesmal allerdings mit Todesfolge, ereigneten sich nur wenige Wochen später. Am 27. Juli 1920 wurde das überwiegend von jüdischen Mittelschicht-Gästen frequentierte Club Café auf der Lipot Allee von einem Kommando rechter Paramilitärs überfallen und die Gäste verprügelt. Ein Gast, der sich widersetzte, wurde von dem Anführer der Gruppe mit einem Revolver erschossen. Dies war allerdings nur der Anfang einer blutigen Nacht. Auf der Flucht stießen die Angreifer auf zwei Frauen und ihre männlichen Begleiter, die aufgrund ihres „jüdischen Aussehens“ aufgefordert wurden, sich entweder auszuweisen oder ihre Hosen herunterzulassen. Als sich die Männer weigerten, entstand ein Handgemenge bei dem die beiden Angegriffenen erschossen wurden⁴².

Der Dreifachmord dieser Nacht sollte allerdings nicht folgenlos bleiben. Wie auch in Deutschland, wo die Mordaktionen der „Organisation Consul“ (OC), vor allem der spektakuläre und medial breit rezipierte Anschlag auf Reichsaußenminister Rathenau in Berlin-Wilmersdorf, die Zerschlagung der OC zur Folge hatte, führte die gewalttätige Kommandoaktion in Budapest dazu, dass sich der Staat genötigt sah, ein Zeichen zu setzen, dass sich die Grenzen akzeptabler Gewalt seit 1918 deutlich zu Ungunsten paramilitärischer Kommandos verschoben hatten. Die ungarischen paramilitärischen Kommandos wurden aufgelöst, die am Rathenau-Mord beteiligten Haupttäter wurden auf der Flucht erschossen, ihre Mithelfer zu Haftstrafen verurteilt. Die Verschiebung der Form von paramilitärischer Gewalt – einzelne Terroraktionen statt offenem Bürgerkrieg – war somit auch der Erkenntnis wachsender Schwäche gegenüber einem wieder erstarkenden Staat geschuldet.

In dem Maße, in dem die rechten paramilitärischen Gruppen an staatlichem Rückhalt verloren, wuchs die Bedeutung rein krimineller Gewalttaten. Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch waren die vormals staatlich subventionierten deutschen Freikorps aufgelöst worden, ihre ungarischen Pendanten erlitt noch im selben Jahr das gleiche Schicksal. Sobald die Gewaltakteure von staatlicher Finanzhilfe abgeschnitten waren, mussten sie entweder ihren Kampf beenden oder aber

⁴¹ Neue Freie Presse, 22. Mai 1920.

⁴² *Béla Bodo*, Pál Prónay: Paramilitary Violence and Anti-Semitism in Hungary, 1919–1921 (Carl Beck Papers in Russian & East European Studies no. 2101, 2011) 1–83, hier 27.

alternative Einkommensquellen finden. So wie die deutschen „Baltikumer“ nach ihrer Loslösung von Berlin von Raub und Requisitionen bei lokalen Bauern lebten, finanzierten ungarische Paramilitärs ihre Aktivitäten vor allem durch Erpressung, vorzugsweise der eingeschüchterten jüdischen Laden- und Gutsbesitzer. „Kidnapping“ von Juden, die in Kasernen verschleppt und gegen Lösegeld freigelassen wurden, wurde bald die Haupteinnahmequelle für ungarische Paramilitärs⁴³.

Eine dritte Phase lässt sich nach Dirk Schumann als die des „symbolischen Terrainkampfes“ (1921–1923) beschreiben, in der physische Gewalt deutlich abnahm und durch alternative Formen der Auseinandersetzung wie uniformierten Aufmärschen und Demonstrationen ersetzt wurde⁴⁴. Während die nunmehr illegalen deutschen und ungarischen Freikorps ihre Gewaltkampagnen unter staatlichem Druck einstellten und (in Deutschland) den Kampf um die Straße den neuen Parteiformationen von SA bis Rotfrontkämpferbund überließen, setzte die Heimwehr, die auch aufgrund ihrer Zurückhaltung beim Einsatz von Gewalt gegen innere Gegner nicht für illegal erklärt wurde, den Kampf mit anderen Mitteln fort, insbesondere durch symbolisch aufgeladene Demonstrationen wie die überwiegend gewaltfreien Heimwehrmärsche durch „Feindgebiet“, also vor allem durch die Arbeiterbezirke Wiens. Diese vergleichsweise gewaltfreien Drohgebärden, der symbolische Kampf um die Straße, waren integraler Bestandteil der Kommunikationsstrategie militanter Gruppen in den 20er Jahren, ging es doch darum, Präsenz und Stärke zu zeigen und kommunistisch „kontaminierte“ Straßenzüge in Wien nicht dem Gegner zu überlassen. Gleichzeitig waren die Heimwehrmärsche der 20er Jahre implizit auch eine permanente Drohung, dass sich das gewaltbereite Milieu der politischen Rechten im Falle eines kommunistischen Aufstands jederzeit mobilisieren ließe. Die politische Linke setzte den Aufmärschen der Rechten eine vergleichbare Kommunikationsstrategie entgegen und mobilisierte die eigene Anhängerschaft zu Gegendemonstrationen. Die symbolische Besetzung bestimmter umkämpfter Bezirke konnte auch durch politische Plakate durchgeführt werden, die an Häuserwände geklebt wurden, um das eigene Terrain zu markieren⁴⁵.

Trotz der augenscheinlich geringeren Intensität der politischen Gewalttätigkeit im Berlin, Budapest und Wien zwischen 1921 und 1929 sollte sich nach Beginn der Weltwirtschaftskrise rasch zeigen, dass sich ungeachtet der Scheinpazifizierung der urbanen Gewaltgemeinschaften ein Konsens über die Legitimität von Gewalt in Politik erhalten hatte, der sich bei veränderten politischen Rahmenbedingungen und bei einer Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols jederzeit wieder in physischen Auseinandersetzungen entladen konnte.

⁴³ Bodo, Pál Prónay: Paramilitary Violence and Anti-Semitism in Hungary 9.

⁴⁴ Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001).

⁴⁵ Siehe Alfred Krauss, Revolution 1918?, in: Krauss-Papiere, Kriegsarchiv Wien, B 60, 5e, S. 1.

Sozialstruktur und geographische Herkunft der Aktivisten

Bei der Mehrheit der paramilitärischen Aktivisten der politischen Rechten in Deutschland, Österreich und Ungarn, die in den drei genannten Nachkriegsphasen tragende Rollen spielten, handelte es sich um demobilisierte Offiziere, Kadetten und nationalistische Studenten, wobei die Führer nahezu aller paramilitärischen Verbände Ex-Offiziere der untergegangenen k.u.k. Armee und der deutschen Kriegsmarine oder des Heeres waren, mehrheitlich im Rang eines Leutnants oder Hauptmanns. Gerade die an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligten Männer standen fast immer unter dem Kommando von jüngeren Offizieren wie Hanns Albin Rauter, István Hejjas, Pál Prónay und Gyula Osztenburg, die in aller Regel Absolventen der späthabsburgischen Militärakademien waren⁴⁶. Auch in Deutschland dominierte dieser Typus in Gestalt von Figuren wie Rudolf von Sebottendorff (Freikorps Oberland) oder Hermann Ehrhardt. Dienstältere Offiziere wie Admiral Miklós Horthy, General Ludwig Hülgerth oder General Georg Maercker waren eher die Ausnahme, und sie waren selten direkt an Gewaltaktionen beteiligt. In Wien, in den militant antikommunistischen Organisationen wie Oberst Hermann Hiltls *Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs* oder der royalistischen Untergrundorganisation *Ostara*, dominierten Offiziere mit einem Anteil von etwa 75 Prozent. Auch die größte paramilitärische Organisation Österreichs, die Heimwehr, war fest in der Hand ehemaliger Offiziere, wie Ernst Rüdiger Starhemberg, Hanns Albin Rauter, Eduard Baar von Baarenfels und des deutschen Exilfreikorpssmanns Waldemar Pabst⁴⁷.

In Budapest waren es vor allem Gyula Gömbös' einflussreiches Komitee zur Nationalen Verteidigung, die Union des Erwachenden Ungarn, aber eben auch Horthys Ungarische Nationalarmee, die von Frontoffizieren dominiert wurden. Die in Szeged gegründete Nationalarmee verstand sich bewusst als eine gegen das „rote Budapest“ gerichtete parastaatliche Formation, die zwischen November 1919 und Sommer 1920 von 15 000 auf 100 000 Mann answoll. Unter den ersten 6568 Freiwilligen, die sich am 5. Juni 1919 der gegenrevolutionären Nationalarmee anschlossen, waren mehr als 3000 ehemalige Offiziere der Infanterie oder der stark überrepräsentierten Kavallerie, 800 weitere waren Offiziere der Grenzpolizei und der Gendarmerie. Im Hinblick auf die geographische Herkunft dominierten vor allem Flüchtlinge aus Transsylvanien⁴⁸.

Auch vom Altersprofil her unterschieden sich die paramilitärischen Verbände in den drei Städten kaum. Die große Mehrheit war zwischen 17 und 30, die we-

⁴⁶ Siehe beispielsweise die sehr detaillierte autobiographische Darstellung dieser Ausbildung in *Ernst Heydendorff*, *Kriegsschule 1912–1914*, in: *Heydendorff-Papiere*, in: Österreichisches Staatsarchiv, Wien, B 844/74.

⁴⁷ Zu Österreich siehe *Walter Wiltschegg*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (München 1985) 274–280.

⁴⁸ Zu Ungarn siehe *Kelemen*, Adatok 495f. *Béla Bodo*, *The White Terror in Hungary, 1919–1921: The Social Worlds of Paramilitary Groups*, in: *Austrian History Yearbook* 42 (2011) 133–163, hier 139.

nigsten über 35 Jahre alt. Zusätzlich zu den Kriegsveteranen haben wir es mit einem großen Anteil von paramilitärischen Aktivisten zu tun, die zu jung für den Kriegsdienst gewesen waren und für die die Gewalterfahrungen in den Freikorps, ungarischen Milizen oder den Heimwehren die ersten realen „Kampferfahrungen“ darstellten. Für Deutschland liegen mittlerweile eine ganze Reihe erstklassiger Studien zu dieser sogenannten „Kriegsjugendgeneration“ der zwischen 1900 und 1904 Geborenen vor, die durch den Weltkrieg mobilisiert wurden, ohne aktiv die brutale Realität des Krieges erlebt zu haben⁴⁹. Für Österreich und Ungarn liegen zur Kriegsjugendgeneration leider bislang keine detaillierten Studien vor, obwohl ihre Rolle in der Radikalisierung der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit ähnlich wichtig gewesen sein dürfte wie in Deutschland. Der Anteil der Kriegsjugendgeneration in den paramilitärischen Verbänden Ungarns und Österreichs variierte je nach Einheit zwischen 25 und 50 Prozent. Da sich diese jüngeren Paramilitärs gegenüber den Kriegsteilnehmern erst noch beweisen mussten, waren sie in der Regel brutaler und weniger an militärische Disziplin gebunden als ihre älteren Kameraden⁵⁰.

Für viele führende Paramilitärs der politischen Rechten, die mehrheitlich aus ländlichen Gegenden stammten, verdichteten sich in den Hauptstädten all jene „Krankheiten der Moderne“, denen sie sich mit Gewalt entgegenzustemmen versuchten: die Vermassung und Proletarisierung der Politik, die „Verjudung“ der Gesellschaft, das Anwachsen emanzipatorischer Arbeiter- und Frauenrechtsbewegungen, die Individualisierung der Lebenswelten und der Bedeutungsverlust vorindustrieller Lebensformen. Der wohl bekannteste ungarische Konterrevolutionär, der in der Slowakei geborene Pál Prónay, betonte etwa in seinen Memoiren immer wieder seine tiefe Abneigung gegen die „roten Dirnen“ Budapest und Wien. Prónay hatte die Novemberrevolution in Wien erlebt bevor er in seine Heimat zurückkehrte, und die konkrete Erfahrung der Nachkriegswirren verstärkte seinen Eindruck von der Großstadt als Hort aller Schrecknisse des modernen Zeitalters. Im Frühjahr 1919 fantasierte er davon, eine Bauernarmee aufzustellen, um mit ihr gegen Budapest zu marschieren⁵¹. Auch die österreichische Heimwehr verstand sich bewusst als bewaffneter ländlicher Gegenpart zu der eher städtischen Volkswehr. In einer die Ursprünge der Bewegung beleuchtenden Broschüre der Heimwehr aus den frühen 30er Jahren heißt es dazu, die Organisation sei „in Tirol, Steiermark und Kärnten und späterhin auch in den anderen Ländern als Abwehr-Organisation gegen den Wiener Marxismus gegründet [worden]. Der Austro-Marxismus hatte damals durch seine Terror-Methoden die Macht im Staate an sich gerissen und bedrohte, gestützt auf die rote Volks- und die von ihm gegrün-

⁴⁹ Siehe vor allem *Michael Wildt*, *Generation des Unbedingten* (Hamburg 2000).

⁵⁰ Zu Ungarn siehe *Kelemen*, *Adatok* 495 f. Zu Österreich siehe *Walter Wiltshegg*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (München 1985) 274–280.

⁵¹ *Pál Prónay*, *A határban a halál kaszá: Fejezetek Prónay Pál feljegyzéseiből* [Der Tod lauert an den Grenzen: Auszüge aus Pál Prónays Tagebüchern], annotiert und hrsg. v. *Ágnes Szabó, Ervin Pamlényi* (Budapest 1963).

dete Arbeiter-Wehr, Österreich mit dem Bolschewismus.“⁵² Vergleichbare Einstellungen gegenüber der „roten Hauptstadt“ fanden sich auch in Deutschland zuhauf, nicht nur in den autobiographischen Romanen Ernst von Salomons (etwa in *Die Kadetten*⁵³ und *Die Stadt*⁵⁴), der die Revolution als junger, in Berlin-Lichterfelde stationierter Kadett erlebte, sondern auch in liberalen Zeitungen, die Berlin als bolschewistischen „Hexenkessel“ beschrieben, in dem die „täglich an Macht und Aktivität zunehmenden Anhänger des Spartakusbundes“ nur durch ein „Eingreifen von außerhalb zugeführter Truppen“ aufgehalten werden konnten⁵⁵.

Solche Wahrnehmungen verweisen auf ein interessantes Paradoxon: Wiewohl in allen drei Ländern Kommunisten von ihren Gegnern als „Gemeinschaftsfremde“ dargestellt wurden, als blutrünstige, von außen eindringende Agenten Moskaus, stammten sie – im Gegensatz zu den gegenrevolutionären „Ordnungskräften“, die in aller Regel *nicht* aus Berlin, Budapest oder Wien kamen, – mehrheitlich aus den Ballungsräumen, in denen die Kämpfe stattfanden.

Gerade weil die Mehrheit der rechten Gewaltakteure nicht aus Berlin, Wien oder Budapest stammte, waren sie vor Ort auf bestimmte Unterkünfte wie Kasernen, Krankenhäuser oder (im Falle der Anführer) auf Hotels angewiesen. Der bekannteste ungarische Freikorpsführer, Pál Prónay, hatte von 1919 bis 1920 sein Hauptquartier im noblen Budapester Hotel Gellért, danach im nicht minder feinen Hotel Pannónia, dessen Bar zu den bevorzugten Treffpunkten rechter Paramilitärs gehörte, die wie Prónay mehrheitlich Fremde in der Stadt waren. Der zweite wichtige ungarische Milizenführer jener Zeit, Istvan Héjjas, und seine Offiziere wohnten ihrerseits im Hotel Britannia, von wo aus sie nächtliche Attacken gegen jüdische Einrichtungen planten und ausführten. Dies war kein auf Ungarn beschränktes Phänomen. Die großteils aus ländlichen Regionen stammenden Heimwehrführer waren bei ihren Besuchen in Wien auf Hotels angewiesen, und das Führungspersonal der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, das im Januar 1919 die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts anordnete, logierte zu dieser Zeit im Berliner Hotel Eden.

Eine scheinbare Ausnahme stellten die beiden Budapester Studentenbataillone der Eötvös Loránd Universität und der Technischen Hochschule dar, die von anfangs 3000 Mann im August 1919 auf 10–12000 Mitglieder im Sommer 1920 answollen. Die Studentenbataillone waren in ihrer Funktion den aus lokalen Kräften zusammengesetzten deutschen Einwohnerwehren vergleichbar, die vor allem in Bayern und den mittel- und westdeutschen Industriegebieten erst dann aufgestellt wurden, als die eigentlichen Kämpfe bereits vorbei waren. Sie sollten als Streikbrecher agieren, und – im Falle eines Notstands – technische Funktionen übernehmen (etwa in Form der „Technischen Nothilfen“)⁵⁶. Die Budapester Stu-

⁵² Nachlass Waldemar Papst, Bundesarchiv (Berlin), NY4035/4, Bl. 279.

⁵³ *Ernst von Salomon*, *Die Kadetten* (Berlin 1933).

⁵⁴ *Ernst von Salomon*, *Die Stadt* (Berlin 1932).

⁵⁵ Frankfurter Zeitung, 8. Januar 1919, Abendausgabe.

⁵⁶ *Bodo*, *The Social Worlds of Paramilitary Groups* 146. Zu den Einwohnerwehren, siehe:

denen sahen sich aber auch als eine Art Hilfspolizei. Gedeckt durch die Regierung legten sie diese Rolle weit aus, indem sie Gewerkschafter und Vertreter der gestürzten Revolutionsregierung drangsalierten. Auf dem Campus der Universität, ebenso in anderen öffentlichen Räumen wie Schwimmbädern, Parks oder Cafes, fielen die Studenten in Behelfsuniformen vor allem dadurch auf, dass sie jüdische Kommilitonen und Lehrpersonal beschimpften und tätlich angriffen. Die vermeintlichen „Ordnungskräfte“ wurden somit zu Triebfedern der Unordnung im öffentlichen Raum.

Ein genauerer Blick auf die soziale und geographische Zusammensetzung der Studentenbataillone zeigt, dass deren Mitglieder mehrheitlich in das etablierte Schema des mitteleuropäischen Rechtsparamilitarismus passten. 90% von ihnen entstammten der Mittel- und Oberschicht; zumeist handelte es sich um Studenten der Medizin oder der Rechts- und Ingenieurwissenschaften, während Theologen und Geisteswissenschaftler tendenziell unterrepräsentiert waren. Wichtiger noch erscheint die Herkunft der beteiligten Studenten: 40 bis 50% der jungen Männer waren Flüchtlinge (die mit 37,5% unter der Budapester Studentenschaft stark vertreten waren), vornehmlich aus Transsylvanien, dem nun zur Slowakei gehörenden Oberungarn, und jenen südungarischen Territorien, die an das neu entstandene Jugoslawien gefallen waren⁵⁷.

Die Studentenbataillone waren nicht die einzigen paramilitärischen Gruppen, die im Sommer 1919 auf Budapests Straßen ihre eigenen Gewaltregime etablierten. Fünf weitere (und weitgehend unabhängig voneinander agierende) Gruppen wurden in den strategisch wichtigsten Budapester Bezirken aufgestellt. Nur die wenigsten der Beteiligten kamen aus der Stadt selbst, fast keiner von ihnen aus dem jüdisch-proletarisch geprägten 7. und 8. Bezirk. Statt dessen handelte es sich um eilig zusammengezogene Kadetten der Ludovika Militärakademie, Veteranen der (transsylvanischen) Szekeley Division, Gendarmen aus ländlichen Regionen und Mitglieder von national gesinnten Sportverbänden, die, da sie keine Wohnungen in Budapest hatten, in Schulen und Kasernen untergebracht werden mussten.

Insgesamt ergibt sich somit folgendes Bild: Anders als im Fall des stark urban geprägten kommunistischen Milieus handelte es sich bei den gegenrevolutionären Milizen, die nach November 1918 in Berlin, Budapest und Wien operierten, mehrheitlich nicht um städtische, sondern ländliche Vertreter der Mittel- und Oberschicht. Ohnehin eher Verlierer des Modernisierungsprozesses seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und Großstädten tendenziell feindlich gegenüberstehend,

Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren (München 1931); *Erwin Könnemann*, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920) (Berlin-Ost 1971). *Hannsjörg Zimmermann*, Die Einwohnerwehren. Selbstschutzorganisationen oder konterrevolutionäre Kampforgane?, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 128 (2003) 185–212. Zu den deutschen Nothilfen: *Andreas Linhardt*, Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik (Norderstedt 2006).

⁵⁷ *Bodo*, The Social Worlds of Paramilitary Groups, hier 147.

sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die überwiegend urbane Revolution von 1918 nicht nur ihre Karrieren (oder im Falle jüngerer Kadetten: Karriereperspektiven) als Offiziere bedroht, sondern ihre Existenz. Das Eindringen dieser durch Krieg, Niederlage und Revolution hoch mobilisierten und alarmierten Milieus in die als feindlich empfundene großstädtische Lebenswelt dürfte erheblich zur Eskalation von Gewalt beigetragen haben, in der nicht nur Revolutionäre, sondern auch zivile Beistehende zu Opfern werden konnten, wenn sie „proletarisch“ oder „jüdisch“ oder sonst „verdächtig“ aussahen. Dass die für Bürgerkriege charakteristische Gewaltlogik eines omnipräsenten, existentiellen Gegners, den es um jeden Preis zu vernichten galt, in Berlin, Budapest und Wien sehr viel weniger Opfer forderte als es zeitgleich in Städten wie Tampere, Kiev, Riga oder Sankt Petersburg der Fall war, lag erstens daran, dass die Verfechter einer bolschewistischen Revolution in Mitteleuropa kaum Unterstützer und ihren Gegnern wenig entgegenzusetzen hatten und zweitens daran, dass das staatliche Gewaltmonopol nach einem sehr kurzen Zusammenbruch rasch wiederhergestellt wurde.

Schlussbetrachtung

Im vorliegenden Aufsatz wurde versucht, das Phänomen urbaner Gewalt in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu beleuchten und sich dabei auf Gewalterfahrungen in Berlin, Budapest und Wien zu konzentrieren. Geprägt durch die unmittelbar aufeinander folgenden traumatisierenden Erfahrungen von Krieg, Niederlage, Revolution und territorialer Auflösung, entstanden in beiden Staaten sozial homogene, radikal antibolschewistische Milieus, die sich durch eine unbedingte Entschlossenheit auszeichneten, Gewalt anzuwenden, um eine (teils reale und teils imaginierte) revolutionäre Bedrohung abzuwenden und sich für ihre vermeintlichen Demütigungen von Seiten äußerer und innerer Feinde zu rächen.

Doch so ähnlich die Gewaltphantasien rechter Paramilitärs in den Nachfolgestaaten der Mittelmächte waren, so unterschiedlich war deren Fähigkeit, sie auszuleben. Während Gewaltphantasien im nachrevolutionären Budapest in großem Umfang Wirklichkeit wurden, bis die Regierung Horthy den ungezügelten Gewaltorgien ein Ende bereitete, blieben sie in Berlin und vor allem in Wien vergleichsweise begrenzt. Anders formuliert, blieb das *tatsächliche* Ausmaß physischer Gewalt in den drei Städten eine Variable, die weitgehend von den Umständen abhing, unter denen Gewalt verübt wurde. „Erfolg“ und „Misserfolg“ von Gewalt hingen nicht zuletzt von dem Grad des staatlichen Zusammenbruchs ab. In den weitgehend „staatenlosen“ neuen multiethnischen Grenzgebieten Mitteleuropas ergaben sich schlicht und einfach mehr Gelegenheiten zur (und weniger Widerstände gegen) Gewaltanwendung als in den Städten. In Berlin, Wien und Budapest hingegen gewann der Staat schnell die Kontrolle über das Gewaltmonopol zurück, und die neuen Militanten der nationalistischen oder pangermanistischen Rechten mussten sich entweder auf die staatlich sanktionierte gewaltsame

Niederschlagung kurzlebiger kommunistischer Aufstände beschränken oder auf individuelle Terroranschläge gegen Stellvertreter ihrer Hauptgegnergruppen, vor allem gegen Juden, linksgerichtete Intellektuelle und Politiker.

Eben hierin, in der Logik der gewaltsamen „Säuberung“, der wahrgenommenen Notwendigkeit, gemeinschaftsfremde Elemente auszumerzen, bevor eine utopische neue Gesellschaft entstehen konnte, lag das wohl fatalste dauerhafte Erbe der unmittelbaren Nachkriegszeit – sowohl auf der radikalen Linken als auch auf der extremen Rechten. Die Überzeugung, es mit Gegnern zu tun zu haben, die vor nichts zurückschrecken würden, um ihre politischen Ziele einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung zu erreichen, und die Entschlossenheit, eben diese Ziele mit aller Gewalt zu verhindern, bildete eine der gängigsten Komponenten radikaler Politik in Europa zwischen 1917 und der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und liefert einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Gewaltzyklen, die Europa bis in die späten 40er Jahre, dann erneut in den 90er Jahren heimsuchten. Ihren blutigsten Niederschlag fand die in der unmittelbaren Nachkriegszeit ihren Ursprung nehmende Logik der gereinigten Gemeinschaft stets in staatsfernen Regionen – vor allem in den ethnisch durchmischten Städten und ländlichen Grenzregionen Mittel- und Osteuropas in den Jahrzehnten zwischen dem Zusammenbruch der dynastischen Vielvölkerreiche von 1918 und der gewaltsamen Befriedung Europas in und unmittelbar nach 1945. Doch auch in den Hauptstädten Mitteleuropas, vor allem in Berlin und Wien nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und in Budapest 1944, sollten Rechnungen beglichen werden, die in der Wahrnehmung rechter Gewaltakteure auf die Zeit um den November 1918 zurückgingen. Eine Analyse der Ursachen und Formen der „Brutalisierung“ urbaner Lebensräume in der unmittelbaren Nachkriegszeit kann insofern auch dazu beitragen, die Langzeitfolgen paramilitärischer Gewalt neu zu vermessen.

Summary

This essay explores the wave of post-war violence in three of the defeated states of the Great War: Austria, Hungary, and Germany. More specifically, it highlights the importance of capital cities in the imagination of right-wing activists post-1918. Although paramilitary violence post-1918 was much more prominent in the rural areas of all three countries, Berlin, Vienna and Budapest – the three “red” capitals of Central Europe – played a central role as symbols of political, moral and social decay against which the overwhelmingly rural activists of right-wing paramilitarism revolted. Viewed as centers of (corrupt) political power and parallel universes of decay and revolution, the capital cities and their allegedly revolutionary industrial proletariat provided a common enemy for the highly heterogeneous paramilitary forces of the right.